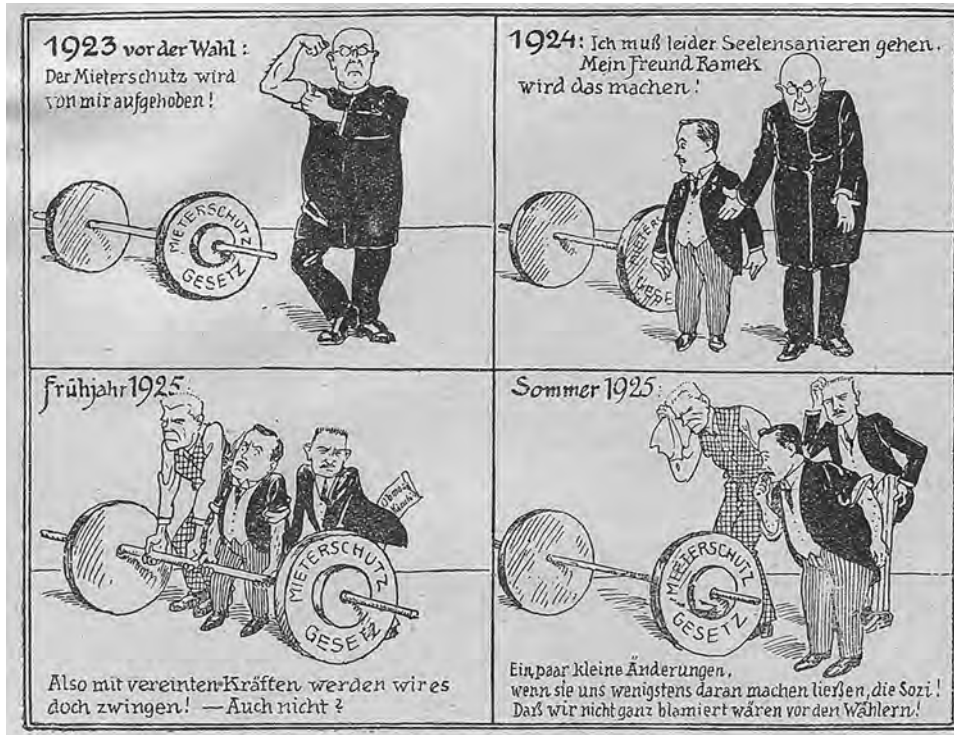


100 Jahre Rotes Wien

Ein Beispiel linker Kommunalpolitik 1919-1934

von ■ Erhard Korn



Vor hundert Jahren öffnete sich mit dem Sieg der Sozialisten bei den Kommunalwahlen 1919 in Wien die Tür für eines der »außergewöhnlichsten, kreativsten und mutigsten kommunalen Experimente der neueren europäischen Geschichte« (Maderthaler): die Entwicklung Wiens zu einer Musterstadt linker Kommunalpolitik.

15 Jahre später wurden die Wohnbauten zu Festungen, zum Symbol des Widerstands gegen die Beseitigung der Demokratie durch den christsozialen Austrofaschismus.

Schon in den 1920er Jahren pilgerten sozialistische Reisegruppen nach Österreich, um das Projekt kennenzulernen: ein neues Steuersystem, das die Reichen und den Luxus belastet und damit ein beispielloses Programm kommunalen Wohnungsbaus finanzierte, das bis

heute Wien zu einer der lebenswertesten Großstädte mit niedrigen Mieten und hoher Wohnqualität macht. Vor 50 Jahren erhofften sich die Jungsozialisten Anregungen für eine Fundierung sozialistischer Politik durch »systemüberwindende Strukturreformen«.

Bis vor wenigen Jahren musealisiert, wird das »Rote Wien« heute von Mieterbewegungen auf der Suche nach neuen Wegen im Wohnungsbau und generell als Beispiel transformativer Realpolitik neu diskutiert. Eine große Ausstellung zum Roten Wien 1919-1934 stellt noch bis Januar 2020 im Wien Museum »Ideen, Debatten und Praxis« vor.¹

Die österreichische Revolution

Mit dem Ende des Ersten Weltkriegs zerfiel das Habsburgerreich in seine nationalen Bestandteile. »Was übrig bleibt, ist Österreich«, ein neues Staatsgebilde, mit 6,5 Millionen Einwohnern und ohne ökonomisches Hinterland kaum überlebensfähig – der Industrie fehlten die Rohstoffe. Die Grenzen im Norden, Osten und Süden waren umstritten, woraus sich schnell militärische Konflikte entwickelten. Die Einstellung von Kohle- und Lebensmittellieferungen aus Tschechien löste eine Hungersnot aus, nicht nur Elektrizitätsversorgung und Verkehrswesen drohten zusammenzubrechen.

Die siegreichen Westmächte unterstützen die neuen bürgerlichen Republiken, agierten militärisch gegen die Russische Revolution, drohten mit einer Besetzung Wiens und verhindern einen Anschluss Deutschösterreichs an die, wie man damals noch glaubte, »sozialistische Republik Deutschland«: »Die Macht der Sieger setzte so der proletarischen Revolution in Deutschösterreich unverrückbare Schranken.« (Bauer 1923: 120)

Die »Sozialdemokratische Arbeiterpartei Deutschösterreichs« (SDAP), erst 1889 nach langen Spaltungen unter dem charismatischen Victor Adler wiedergegründet, wurde ab 1917 von der Partei linken dominiert. Anders als Ebert und Noske hat die SDAP das radikale Potenzial der Rätebewegung nicht in einem Blutbad erstickt, sondern Betriebsräte und Arbeiterkammern »in die demokratische Struktur des neuen Staates eingebunden« (Konrad 2019: 27). Sie setzte zudem die Demobilisierung des gesamten Heeres durch und schuf, gestützt auf die Soldatenräte, eine »Volkswehr«, gebildet vor allem aus Arbeitern (Bauer 1923: 98ff.)

Bei den ersten Nachkriegswahlen im Februar 1919 wurde die SDAP mit 72 von 170 Sitzen stärkste Fraktion, die Christsozialen erreichten 63, die Großdeutschen 24 Sitze im Nationalrat. In einem Bündnis mit den Christsozialen, also einer Arbeiterklasse und Bauern repräsentierenden Koalitionsregierung, stellte sie den Staatspräsidenten und den Kanzler und setzte als dominie-

render Machtfaktor wichtige Reformen durch: Achtstundentag, Arbeitsschutzgesetz, Arbeitslosenunterstützung, bezahlten Urlaub, Mieterschutz, Gesetz über gemeinwirtschaftliche Unternehmungen, Heeresreform, Schulreformen, Betriebsräte, Arbeiterkammern (Rabinbach 1989: 28).

Sie hätte durchaus über die Macht verfügt, zeitweilig eine Alleinregierung zu errichten. Wie die Wahlen am 16. Februar zeigten, dominierte die Christsoziale Partei jedoch das noch weitgehend agrarische Land, während die Sozialdemokratie ihre 34% in den Städten mobilisierte. Eine sozialistische Alleinregierung wäre also nur als Diktatur über die Bauernschaft und in einem Bürgerkrieg durchsetzbar gewesen (Öhner 2019: 34). Sowohl mit Blick nach Russland, »das sich Diktatur des Proletariats nennt, aber, weil Diktatur nur einer kleinen Gruppe desselben, eher eine Diktatur gegen das Proletariat ist«, wie Max Adler im Dezember 1918 schrieb, als auch aus Einsicht in die äußeren und inneren Machtverhältnisse, wie Otto Bauer betonte, entschied die Sozialdemokratie, »den weiteren Machtkampf der Klasse nicht mit den Waffen, sondern in den Formen der Demokratie« zu führen (Bauer 1923: 127).

Die SDAP vertraute auf ihre Stärke. Sie war eine Massenpartei mit 60.000 ehrenamtlichen Vertrauensleuten in Betrieben und Wohngebieten und 650.000 Mitgliedern; allein in Wien stieg die Zahl von 46.000 auf über 400.000 (1932, davon über 100.000 Frauen) (Leichter 1932: 262). Zudem war die Partei eng verbunden mit einem Netz von Arbeiterorganisationen. Neben den Gewerkschaften und Genossenschaften organisierten Sportvereine und die Mietervereinigung jeweils hunderttausende; hinzu kamen Freidenker, Naturfreunde, Freie Schule usw. mit jeweils zehntausenden Mitgliedern.

Insgesamt deckten die ca. 50 der Sozialdemokratie nahestehenden Kulturorganisationen das ganze Spektrum möglicher Betätigungen vom Angeln bis zum politischen Kabarett, vom Esperanto bis zum Radio ab (Frei 1984: 28). Dieser »Staat im Staat« (Julius Deutsch) kommunizierte zudem mit einem breiten Spektrum von Presseorga-

nen, vor allem der »Arbeiterzeitung« (80.000 Auflage) als dem Parteiorgan, dem »Kleinen Blatt« als Massenzeitung (160.000), der »Frauenzeitung« (200.000), Satire- und Unterhaltungsblättern, einer Funktionärsschrift und als theoretisches Organ des Austromarxismus »Der Kampf« (4.000).

Mit dem Abschluss der Revolutionsphase endete die Bereitschaft des bürgerlichen Lagers zu weiteren Zugeständnissen. Die Koalition der SDAP mit den CS wurde 1920 aufgelöst und eine Koalition der Rechtsparteien ging daran, den »revolutionären Schutt« (so die CS-Zeitung »Reichspost« am 1. April 1933) zu beseitigen und das »Gleichgewicht der Klassenkräfte« (Otto Bauer) zu ihren Gunsten zu verschieben. Die Sozialisten blieben von 1920 bis zu ihrem Verbot 1934 in einer grundsätzlichen Opposition zu der von der bürgerlichen Mehrheit getragenen Regierung.

Wien als »sozialistische Insel«

In Wien dagegen erreichte die Sozialdemokratie am 4. Mai 1919 die absolute Mehrheit (54%) mit 100 von 165 Sitzen und konnte diese ausbauen und behaupten. Sie konzentrierte ihre Energie auf diese »sozialistische Insel« in einem konservativ regierten Bundesstaat. Ansätze einer auf die Beseitigung von Bildungsbenachteiligung und Demokratisierung zielenden Bildungsreform, von Otto Glöckel als Staatssekretär zunächst landesweit angegangen, konnten nur noch lokal umgesetzt werden.

Auf der Grundlage des schon 1900 formulierten kommunalpolitischen Programms verbanden sich in einer historisch einmaligen Weise Reformen zu einem bis heute beispiellosen Gesamtkonzept: Reformen des Gesundheitswesens hin zur Prävention (z.B. Tuberkulosevorsorge, Schulzahnkliniken, Kindergarten- und Schulspeisung), des Bauens (z.B. gesunde Wohnungen, neue Schulbauten, Sportstädten, Schwimmbäder), der städtischen Betriebe, der demokratischen Beteiligung (z.B. von Mietern, Eltern und Lehrkräften) und der Finanzierung.

Ab 1920 erhielt die Hauptstadt den Status eines Bundeslands mit eigenen Kompetenzen etwa in der Kultur- und

Steuerpolitik. Versierte Fachleute wie Otto Glöckel, ein 1897 mit Berufsverbot belegter Reformlehrer, und der frühere Bankdirektor Hugo Breitner wussten das zu nutzen. Beide Politiker wurden denn auch bald bevorzugte Hassobjekte konservativer und antisemitischer Kreise: Glöckel wegen der Abschaffung der Pflicht zum Besuch des katholischen Religionsunterrichts, der aus einer jüdischen Familie stammende Breitner wegen der Einführung von Luxussteuern.

Breitner-Steuern als Revolution in der Finanzierung

Unter ihrem legendären Gründer und Bürgermeister Karl Lueger hatte sich die Christlichsoziale Partei (CS) bis 1910 durch eine Modernisierung und Kommunalisierung der städtischen Infrastruktur profiliert. Straßenbahnen, Gas-, Strom-, Wasserversorgung u.a. wurden dem Privatkapital entzogen, das für deren völlige Vernachlässigung verantwortlich war. Zur massenwirksamen Durchsetzung seiner Politik gegen seine wirtschaftsliberalen Gegner bediente sich Lueger antisemitischer Demagogie, die ihn zu einem der Vorbilder Hitlers machte. Seine Position sicherte er durch ein Wahlrecht, das die Sozialdemokratie ausschloss und sich auf die Kleinbesitzer stützte, die aus dem Bau von billigen Mietskasernen mit lichtlosen Kleinstwohnungen hohe Gewinne bis zu 25% schöpften, die Infrastrukturmaßnahmen finanzierte er durch unsoziale Massensteuern. (Weihsmann 1985: 14) Straßenbahn, Wasser- und Energieversorgung mussten durch eine hohe Besteuerung zur Finanzierung des Gemeindehaushalts beitragen.

Für die Sozialisten dagegen sollten kommunale Monopolbetriebe nur noch ihre Selbstkosten decken. Der Grundbedarf an Wasser wurde kostenlos abgegeben, Straßenbahngebühren und Gaspreise sanken um 25% (Danneberg 1925: 12, 19).

»Unbeirrt von all dem Geschrei der steuerscheuen besitzenden Klassen ho-

Erhard Korn ist Vorsitzender des Vorstands der Rosa-Luxemburg-Stiftung Baden-Württemberg.

¹ https://issuu.com/wienmuseum/docs/katalog_das_rote_wien_fuer_issuu_mi

express

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE
BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT

Ausgabe 7/19 u.a.:

- Stephan Krull: »Ohne Plan? Ohne uns!« – Gewerkschaften, Klimawandel und Mobilitätswende
- Die Bewunderer des Hilarius Gilges: »Die Zerstörung der IG Metall?« – Über den gewerkschaftlichen Umgang mit der ökosozialen Krise
- Gottfried Oy: »50 Jahre Sozialistisches Büro« – Eine Tagung zu Geschichte und Gegenwart der undogmatischen Linken
- Sarah Lazare: »Prolls gegen Ökos?« – US-Medien instrumentalisieren Bergleute, um den Green New Deal zu attackieren

Probelesen?! Kostenfreies
Exemplar per mail o. Telefon anfordern

Niddastr. 64 VH · 60329 FRANKFURT
Tel. (069) 67 99 84
express-afp@online.de
www.express-afp.info

DIE SINNE SCHÄRFEN. JETZT TESTEN:

4 Ausgaben für 10 €
Bestellungen unter www.akweb.de

ak

analyse & kritik
Zeitung für linke Debatte und Praxis

len wir uns das zur Erfüllung der vielfachen Gemeindeausgaben notwendige Geld dort, wo es sich wirklich befindet.« (Breitner 1926: 24f.) Grundgedanke der sozialistischen Steuerpolitik sei es, so Breitner, »die Menschen bei ihren lebenswichtigen Aufwendungen von Steuern so weit als nur möglich frei zu lassen«.

Indirekte Verbrauchersteuern auf den Grundbedarf wurden möglichst zurückgefahren, dagegen Luxussteuern durchgesetzt, im Volksmund »Breitner-Steuern« genannt. Von einer »Hauspersonalabgabe« war die erste Angestellte frei, für die zweite mussten 50, für die zweite 300, für die vierte schon 550 öS (umgerechnet 1.500 Euro) im Jahr entrichtet werden. Die bis heute aktuelle Leitlinie: »Die Fahrgäste der Straßenbahn steuerfrei lassen und die notwendige Steuer von den Automobilbesitzern einheben« – so Danneberg.

Einfache Lokale wurden gering, Luxuslokale hoch besteuert – und stets wurde in der Agitation ein Zusammenhang hergestellt zwischen Luxussteuern und der von der Rechten bekämpften »Fürsorgeinflation«: »Börsenbesuchsabgabe« finanziert Arbeitslosenunterstützung, Vergnügungsabgabe die Kinderspitäler, Luxuskonditoreien zahlen für Schulzahnkliniken, Luxushotels für Schularzte, Pferderennen finanzieren Entbindungsheime, Anzeigensteuer die Tuberkulosevorsorge, Trabrennen die Kinderspielplätze. »Die Steuer der Nachtlokale und Bars ist so groß, dass wir damit die Kosten der Schüler-speisung bestreiten können.« (Breitner 1926: 12ff.) Das neue Steuersystem wurde von der Rechten als »Steuersadismus« bekämpft. Die Linke hielt dagegen: »Die Christsozialen haben das Trinkwasser besteuert. Der Champagner war dagegen steuerfrei.« Mit einer »Fürsorgeabgabe« von 4% auf die Lohnsumme, die nicht auf die Beschäftigten abgewälzt werden durfte, finanzierte Wien die Sozialprogramme. Banken mussten mehr als das Doppelte bezahlen.

Gleichzeitig sollte die Arbeitslosigkeit reduziert werden; dies gelang in erheblichem Umfang durch den Wohnungsbau. Aber auch Investitionen von Unternehmen wurden steuerlich begünstigt.

Eine Finanzierung über Kredite und Anleihen lehnte Breitner ab, da sie zu einer Abhängigkeit von den Banken und von ausländischen Mächten führen würde (Czeike 1962: 92).

Voraussetzung für die Durchsetzung der sozialdemokratischen Politik war eine Umgestaltung des Verwaltungsapparats – etwa für die effektive Durchsetzung der Luxusbesteuerung. Eine Demokratisierung der Leitungsfunktionen, die nun in den jeweiligen Bereichen gewählte Stadträte ausübten, genügte nicht. Sie wurde begleitet durch eine Mitarbeiterbeteiligung, die sich in einer Personalvertretung und Mitbestimmung, gewerkschaftlicher Organisation und Kollektivverträgen abbildete. Eine eigene Kranken- und Pensionsversicherung sowie eine überdurchschnittliche Bezahlung schufen Bindungen, eine eigene Verwaltungsakademie für Fort- und Ausbildung verbreitete den neuen Geist.

»Der Wohnungsbau ist für alle Zukunft Aufgabe der Gemeinde« (Breitner)

Das Wohnungselend war eines der drängendsten Probleme selbst von über dem Durchschnitt verdienenden Arbeiter- und Kleinbürgerfamilien im kaiserlichen Wien. Etwa 75% der Familien lebten in nur einem Zimmer, war ein zweites Zimmer vorhanden, so war es meist an »Bettgeher« vermietet, 60% der Bewohner musste sich das Bett mit anderen teilen. Miserable hygienische Bedingungen, etwa ein Klosett für zehn Familien, Feuchtigkeit und mangelnde Lüftung förderten Säuglingssterblichkeit und Tuberkulose – die »Wiener Krankheit« (Deutsch 1917: 79).

Ein dem kapitalistischen »freien Spiel der Kräfte« überlassener Markt produzierte mit »Zinskasernen« teure »Wohnlöcher«, für die von den Arbeiterfamilien durchschnittlich 25% des Einkommens ausgegeben werden musste. Erzwungene Wohnungswechsel waren häufig, Kündigungen drohten während des Krieges besonders den Familien von Soldaten.

Um eine Demoralisierung zu vermeiden, erließ Kaiser Karl 1917 eine »Verordnung zum Schutz der Mieter«, die



»Glückels Festrede bei der Eröffnung des Pestalozzi-Hofes am 17. Februar 1927« (Archiv E. Kom)

zehn Prozent ihres Einkommens belastet wurden. Sie wurde ersetzt durch eine von Danneberg und Breitner entwickelte *progressive Wohnbausteuer*. Grundgedanke war, dass nicht nur die Wohnungssuchenden, sondern alle Einwohner den Wohnungsbau unterstützen müssten. Die sozial gestaffelte Wohnbausteuer betrug für eine einfache Wohnung 18 Schilling jährlich (etwa 50 Euro), für eine Luxuswohnung 1.620 öS (ca. 4.500 Euro) (Breitner 1926: 188). Die teuersten 0,5% der Wohnungen erbrachten so 45% der Wohnbausteuern. Größere Renovierungen wurden durch eine ähnlich gestaffelte Umlage finanziert. Weitere 6 Millionen erbrachte die *Wertzuwachsabgabe* beim Verkauf von Immobilien.

Da infolge des Mieterschutzes die private Bautätigkeit zusammengebrochen war, waren auch die *Bodenpreise* auf einen Bruchteil des Vorkriegsniveaus gesunken. Adlige Großgrundbesitzer hatten ihre einträglichen Stellungen verloren und verkauften Boden. Die Wertzuwachsabgabe machte den spekulativen Weiterverkauf unattraktiv, sodass auch Bodenspekulanten ihren Bestand an die Gemeinde veräußern mussten, die auf diese Weise schnell und günstig in den Besitz riesiger Flächen an Bauland kam (Weihsmann 1985: 37).

Die Miete der Kommunalwohnungen sollte 6-8% eines durchschnittlichen Arbeitereinkommens nicht überschreiten (Czeike 1959: 13ff.). Wien verzichtete daher auch auf eine Verzinsung des in den Wohnungsbau investierten Kapitals, das als »à fond perdu« deklariert wurde. Die Mieter hatten nur noch die Kosten der Erhaltung und die Betriebskosten zu tragen und der »Zins« für eine durchschnittliche Wohnung betrug mit etwa 10 öS (28 Euro) im Monat weniger als zehn Prozent dessen, was eine mit Privatkapital gebaute Wohnung gekostet hätte (Weber 1926: 195).

Entsprechend begehrt waren die modernen Wohnungen und folglich die Wartelisten lang. Zugewiesen wurde vom städtischen Wohnungsamt nach einem Punktesystem, bei dem Behinderungen ebenso berücksichtigt wurden wie soziale Notlagen, Kündigungen, Arbeitslosigkeit oder Kinder – aber auch die Geburt in Wien. Durch Mieteraus-

Kündigungen und Mieterhöhungen praktisch unmöglich machte. Durch die gleichzeitige Geldentwertung sanken die Mieten auf 1/15.000 des Vorkriegsstands. Immobilien brachten keinerlei Gewinn, der Wohnungsbau kam völlig zum Erliegen, die Wohnungsnot stieg an und wegen ausbleibender Investitionen drohte der Bestand noch mehr zu »verslumen« (Weihsmann 1985: 36).

1922 erneuerte das österreichische Parlament in einem Kompromiss den Mieterschutz; die Kündigungsmöglichkeiten blieben sehr eingeschränkt, die Mieten wurden auf ca. 1% des Vorkriegsstandes festgeschrieben. Damit blieb privater Wohnungsbau unrenta-

bel. Die sozialistische Stadtverwaltung sah »in der Lösung des Wohnungsproblems den Angelpunkt der ganzen Sozialpolitik« (Gemeinde Wien 1926: 212). Sie erklärte den Wohnbau zur öffentlichen Aufgabe und leitete nach Notmaßnahmen 1923 ein kommunales Bauprogramm für jährlich 5.000 Wohnungen ein. Schon 1924 konnten fast 6.000, 1925 13.000 Wohnungen gebaut werden (Weber 1926: 195). Bis 1934 wurden 61.000 Wohnungen für über 250.000 Menschen errichtet.

Haupteinnahmequelle der Gemeinde war vor dem Krieg eine lineare 42%-Steuer auf die Mieten gewesen, durch die Arbeiterhaushalte mit etwa

New!

Peter Kern

**Die Angestellten
zwischen Büroalltag und
Fluchtphantasie**

2019 – 150 Seiten – ca. 15,00 €
ISBN 978-3-89691-267-1

4. Auflage

Bernd Belina
Boris Michel (Hrsg.)

**Raumproduktionen
Beiträge der
Radical Geography
Eine Zwischenbilanz**

(Raumproduktionen:
Theorie und gesellschaftliche Praxis
Band 1)

2019 – 311 Seiten – 30,00 €
ISBN 978-3-89691-659-4

Christine Resch
Thomas Wagner (Hrsg.)

**Migration als soziale
Praxis: Kämpfe um
Autonomie und
repressive Erfahrungen**

2019 – 258 Seiten – ca. 30,00 €
ISBN 978-3-89691269-5

Widersprüche 193

**Die Macht von
Bezeichnungen
Zur Aktualität von
Etikettierungstheorien**

2019 – 131 Seiten – 15,00 €
ISBN 978-3-89691-023-3



Karl-Marx-Hof Wien nach Beschuss 1934 (Archiv E. Korn)

schüsse konnten die Bewohner*innen an der Verwaltung, der Pflege der Gemeinschaftseinrichtungen, der Entwicklung des Gemeinschaftslebens mitwirken und ihre Interessen gegenüber der Gemeinde vertreten (Frei 1984: 117).

**Revolution auf dem Gebiet des
Kleinwohnungsbaus**

Zwar förderte Wien auch genossenschaftlich und mit Eigenbeteiligung erstellte Siedlungshäuser, zum dominanten Bautypus wurden allerdings die Großwohnanlagen, vor allem die Ende der 1920er Jahre konzipierten »Superblocks« wie der Karl-Marx-Hof (1927). Zur Straße hin waren sie wie barocke Paläste mit großen Toranlagen abgeschlossen, die zu den Wohnungen führenden Stiegen lagen im Innenhof. So sollte einerseits Straßenlärm ausgeschlossen werden, die »Roten Burgen« machten andererseits einen sehr geschlossenen und das Selbstbewusstsein der Wiener Sozialdemokratie repräsentierenden Eindruck. Sie folgten keinem einheitlichen »sozialistischen« Stil: Unterschiedliche Ansätze der Architekten führten zu sehr vielfältigen Ausdrucksformen, von sehr sachlichen, am Bauhaus orientierten über mittelalterlich-romantische bis hin zu eher alpenländischen Formen (dazu Weihsmann 1985: 133ff.).

Größe und Ausstattung der Wohnungen waren für heutige Verhältnisse be-

scheiden, im Vergleich mit den damaligen Zuständen allerdings vorbildlich. Die profitorientierten Mietskasernen hatten bis zu 90% der Fläche überbaut, sodass oft nur schmale Schächte Luft und Licht in die Behausungen ließen. Im »neuen Wien« wurden nur noch maximal 50% genutzt, beim Karl-Marx-Hof nur 18%.

Durch eine »Randbebauung« um einen großen Innenhof herum entstanden Grünflächen, Planschbecken und Spielplätze für Kinder. In alle Räume fiel nun Tageslicht, alle Wohnungen waren mit Strom, Gas, Wasser, Küche, eigener Toilette sowie Abstellräumen (Keller und Boden) ausgestattet. Gemeinsame Dampfwäschereien erleichterten die Haushaltsarbeit, gemeinsame Badeanstalten dienten der Körperpflege, Bibliotheken und Lesezimmer der Bildung. Oft waren Kindergärten, medizinische Zentren, Turnhallen und Versammlungsräume der Arbeiterkulturvereine integriert, ebenso wie Läden der Konsumgenossenschaft. Zugänglich waren diese Einrichtungen nicht nur den Bewohnern der Anlagen selbst, sie waren vielmehr so etwas wie »soziale Zentren«, die auch das politische Leben im Sinne der Linken anregten.

Die Großwohnanlagen waren also nicht nur sozialer Wohnungsbau, sondern »sozialistischer Wohnungsbau« (Oswald M. Unger), also der Versuch, eine neue Gemeinschaftlichkeit architektonisch zu fundieren. Genau hier

setzte auch die Kritik von rechts an, die »das kleine Haus, für zwei oder drei Parteien berechnet, gar das Eigenheim« gegenüber einer unterstellten »Kollektivierung« des Wohnens bevorzugte (Frei 1984: 108) »Sozialistischer Wohnungsbau« dagegen verband das Ziel eines gesunden Lebens und Aufwachsens mit einem Konzept der Bildung »neuer Menschen«, die befähigt sein sollten, eine wirklich demokratische Gesellschaft zu gestalten. Max Adler warnte allerdings zugleich davor, »sozialistische Gemeindepolitik« für Sozialismus auszugeben; sie diene der »Milderung der durch die kapitalistische Wirtschaftsordnung hervorgerufenen Schäden der Gesellschaft«, die stets eine »Welt der Ausbeutung im Innern sowie der imperialistischen Unterdrückung nach außen bleibe« und »aller Bestrebung, den Sozialismus gleichsam stückweise und friedlich einzuführen«, Grenzen setze (Adler 1926: 85).

Glied für Glied zerschlagen

Der Rechtsregierung gelang es zunehmend, die Kräfteverhältnisse zu ihren Gunsten zu verschieben. Wien wurde durch Änderungen der Steuerverteilung bis 1933 finanziell ausgetrocknet, musste immer mehr an die anderen Bundesländer und das Land abgeben und verlor Steuerkompetenzen, sodass seine Programme nicht mehr finanzierbar waren und auch die Gehälter gekürzt werden mussten (Czeike 1962: 94). Es wurde zudem in seinen politischen Möglichkeiten begrenzt, etwa im Bereich der Bildungspolitik, wo die katholische Kirche auf ein Verbot der Freidenker und eine Re-Katholisierung der Schule zielte.

Gegen die mit der Weltwirtschaftskrise steigende Massenarbeitslosigkeit konnten die städtischen Sozialprogramme wenig ausrichten. Im Sinken der Mitgliederzahl der freien Gewerkschaften von ca. 900.000 (1923) auf 500.000 bildete sich auch die Schwächung der Sozialdemokratie vor allem infolge der Weltwirtschaftskrise und der steigenden Arbeitslosigkeit ab. Der mit Arbeitslosigkeit, Lohn- und Sozialabbau verbundene Vertrauensverlust untergrub ihre Kampfkraft, sodass die

Aufrufe zum Generalstreik beim faschistischen Staatsstreich 1933 (Auflösung des Parlaments und Verbot des Schutzbunds) und 1934 nur noch teilweise befolgt wurden.

1926 war die Sozialdemokratie noch sicher, dass sich Armee und Gendarmerie »nicht für den Kampf gegen Arbeiter gebrauchen« ließen und in Österreich »Faschismus unmöglich« sei. Bei den Unruhen um den Justizpalast zeigte sich allerdings schon 1927, dass Justiz und Polizei fest in der Hand einer Regierung waren, die diese Machtmittel auch skrupellos einzusetzen bereit war. Mit Heereswaffen schoss die Polizei in die Menge, die den Justizpalast angezündet hatte. 1000 Demonstrant*innen wurden verletzt, 89 starben. Die Mörder, die in Schattendorf (Burgenland) eine Gruppe des Schutzbundes beschossen und dabei ein Kind und einen Kriegsinvaliden getötet hatten, waren freigesprochen worden.

Während die Sozialdemokratie defensiv agierte, wurde die Demokratie in den nächsten Jahren schrittweise demontiert. Ermutigt und unterstützt durch Diktaturen in den Nachbarländern, besonders durch Mussolini, war die christsoziale Partei an den von der SDAP gesuchten Kompromissen nicht mehr interessiert und brüstete sich, »die Sozialdemokratie Glied für Glied zum Krüppel« zu schlagen, wie ihr Obmann (seit 1930) Carl Vaugoin formulierte. Er hatte als Heeresminister seit 1921 den sozialdemokratischen Einfluss auf die Volkswehr beseitigt und diese zu einem »neutralen« Instrument der Regierung umgewandelt.

Die zur Hilfspolizei erklärte Heimwehr wurde mit Heereswaffen ausgerüstet, sodass sie schließlich zu einer dem Schutzbund technisch weit überlegenen Bürgerkriegsarmee geworden war, die den in den Gemeindebauten verschanzten Schutzbund im Februar 1934 zu einer zunächst unkoordinierten Verzweiflungsaktion provozierte und, zusammen mit dem Heer, niederrang. Die linke Stadtverwaltung wurde abgesetzt, ihre prominenten Vertreter wanderten in Gefängnisse oder mussten emigrieren. Die von der Polizei attackierte Trauerfeier für den 1935 an den Folgen seiner Haft gestorbenen Otto Glöckel geriet zu

einer ohnmächtigen Demonstration gegen den Staatsstreich des Austrofaschismus. »Das Experiment des Roten Wien ist nicht gescheitert, es wurde gewalttätig zerstört.« (Konrad/Hauch 2019: 47)

Literatur

- Achs, Oskar/Krassnigg, Albert (1974): Drillschule-Lernschule-Arbeitsschule, Wien-München.
- Adler, Max (1926): Neue Menschen, Berlin.
- Bauer, Otto (1923): Die österreichische Revolution, Wien.
- Breitner, Hugo (1926): Die Finanzen, in: Gemeinde Wien, Wien.
- Breitner, Hugo (1927): Seipel-Steuern oder Breitner-Steuern, Wien.
- Czeike, Felix (1959): Wirtschafts- und Sozialpolitik der Gemeinde Wien 1919-1934, Wien.
- Czeike, Felix (1962): Liberale, christsoziale und sozialdemokratische Kommunalpolitik, Wien.
- Danneberg, Robert (1921): Kampf gegen die Wohnungsnot, Wien.
- Danneberg, Robert (1925): Steuersadismus? Streiflichter auf die rote Rathauswirtschaft, Wien.
- Deutsch, Julius (1917): Die Lebensverhältnisse Wiener Arbeiter, in: Der Kampf (März).
- Frei, Alfred (1984): Rotes Wien, Berlin.
- Gemeinde Wien (1926): Das neue Wien, Wien.
- Hofbauer, Josef (1926): Im roten Wien. Eine Studien-Reise deutscher Arbeiter aus der Tschechoslowakei, Prag.
- Konrad, Helmut/Hauch, Gabriela (2019): Hundert Jahre Rotes Wien, Wien.
- Korn, Erhard (2010): Vordenker der Gemeinschaftsschule. Vor 75 Jahren starb der österreichische Sozialdemokrat und Bildungsreformer Otto Glöckel, ND v. 24.7.
- Leichter, Käthe (1932): Die Struktur der Wiener Sozialdemokratie, in: Der Kampf H. 6.
- Öhner, Vrääh (2019): Austromarxismus, in: Schwarz u.a., Das rote Wien 1919-1934, Basel (Katalog zur aktuellen Ausstellung).
- Rabinbach, Anson (1989): Vom roten Wien zum Bürgerkrieg, Wien.
- Steinitz, Heinrich (1928): Mietrecht und Wohnproblem, in: Der Kampf H. 4.
- Weber, Anton (1926): Sozialpolitik und Wohnungswesen, in: Gemeinde Wien, Wien.
- Weihsmann, Helmut (1985): Das Rote Wien. Sozialdemokratische Architektur und Kommunalpolitik 1919-1934, Wien.